



Programm INTERREG VI Oberrhein 2021-2027

Erwiderung der Verwaltungsbehörde zu den Stellungnahmen der Umweltbehörden

Einführung

Das Programm INTERREG Oberrhein ist ein europäisches Programm, das im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik die europäische territoriale Zusammenarbeit fördert. Ziel ist daher die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Entwicklung gemeinsamer Lösungen in verschiedenen Bereichen: Umweltmanagement, wirtschaftliche Entwicklung, Stadt- oder Landentwicklung. Das IINTERREG VI Oberrhein Programm schließt drei Länder ein: Frankreich, Deutschland und die Schweiz.

Daher wurden vier Umweltbehörden kontaktiert:

- Für Frankreich:
 - Die « Mission Régionale d'autorité environnementale » der Grand Est Region
- Für Deutschland:
 - Die Landesbehörde für Rheinland-Pfalz
 - Die Landesbehörde für Baden-Württemberg
- Für die Schweiz:
 - Die Kantone Basel-Landschaft und Aargau

Erwiderung auf die französische Stellungnahme

Die « Mission Régionale d'autorité environnementale » der Grand Est Region gab am 10. Dezember 2020 ihre Stellungnahme zum Entwurf der Interventionslogik des künftigen Programms INTERREG VI Oberrhein ab. Diese Stellungnahme beinhaltet 8 Empfehlungen. Das vorliegende Dokument enthält Antworten auf diese Empfehlungen. Die daraus resultierenden Änderungen wurden in die neue Version des INTERREG-Programms und in die Umweltprüfung aufgenommen.

Die Kommentare und die jeweiligen Antworten sind die folgenden:

1. Die Umweltbehörde möchte, dass eine Umweltprüfung des früheren Interreg V Oberrhein-OP in der strategischen Umweltprüfung, auf Grundlage der bereits durchgeführten Ex-post-Bewertung, vorgelegt wird.

Diese Bemerkung ist relevant und würde weitere Überlegungen zur Berücksichtigung der Umwelt im neuen OP ermöglichen. Das Interreg V OP ist jedoch noch nicht abgeschlossen und finanziert weiterhin Projekte. Daher gibt es derzeit keine Ex-post-Bewertung des Interreg V Oberrhein OPs.

2. Die Umweltbehörde empfiehlt, den Genehmigungsplan für das OP Interreg VI in das Dokument zu integrieren.

Der Zeitplan des OP wurde in der Evaluierung der Umweltprüfung in Kapitel 5.2 hinzugefügt.

3. Die Umweltbehörde empfiehlt:

- **dass eine Priorisierung der Umweltthemen durchgeführt wird, gemäß dem Stand des Gebiets und dessen Herausforderungen, und nicht nur in Bezug auf die Aktionsbereiche des OPs;**

Die Umweltthemen sind jetzt sowohl nach dem Stand von Gebieten als auch nach den Auswirkungen des OPs auf sie, analysiert. Daher werden bestimmte wichtige Themen für Gebiete unabhängig von ihrer Aufnahme in das OP automatisch als vorrangige Themen eingestuft. Dies ist bei der Korrektur des Dokuments für Luftqualität und Raumnutzung, aber auch für biologische Vielfalt, Klimawandel und Wasserressourcen berücksichtigt worden.

- **dass die Verbesserung der Luftqualität und Raumnutzung als vorrangige Themen eingestuft werden;**

Diese Bemerkung wurde berücksichtigt. Luftqualität und Raumnutzung werden nun im Umweltbericht als vorrangig betrachtet.

- **dass Umweltauswahlkriterien nach Projekt, bzw. nach Projektfamilie einführt werden, um Projekte ohne negative Umweltauswirkungen auszuwählen;**

Dem Umweltbericht wurde ein neues Kapitel zugefügt, in dem Kriterien für die Berücksichtigung einer nachhaltigen Entwicklung aufgelistet werden, die bei der Auswahl der zu finanzierenden Projekte berücksichtigt werden sollten. Es handelt sich um Kapitel 8.4.

Das Muster für ein OP findet sich im Anhang der ETZ-Verordnung; in diesem Muster gibt es keinen Teil zu den Auswahlkriterien. Somit wurden infolge der Anmerkung der Umweltbehörde keine umweltbezogenen Auswahlkriterien in das OP aufgenommen. Allerdings wird die von der Umweltbehörde formulierte Empfehlung bei den Überlegungen und der Festlegung von Kriterien für die Auswahl der Projekte berücksichtigt. Dem Begleitausschuss werden gleichzeitig die Endfassung des OP und ein Vermerk zur Genehmigung vorgelegt, dessen Zweck darin besteht, die Berücksichtigung von Umweltthemen und der nachhaltigen Entwicklung bei der Projektauswahl formal zu regeln; dementsprechend werden dann auch Auswahlkriterien festgelegt. Darüber hinaus werden auch Instrumente festgelegt, mit denen sich die umweltbezogenen Auswahlkriterien überprüfen und bearbeiten lassen. Falls dies zweckmäßig ist, kann für die Auswahlkriterien und die Instrumente zur Überprüfung und Bearbeitung der Auswahlkriterien das Kapitel 8.4 des Umweltberichts herangezogen werden.

4. Bezüglich der biologischen Vielfalt empfiehlt die Umweltbehörde:

- **dass die Voraussetzung für jegliche Finanzierung die Integrität von Natura 2000-Gebieten gewährleistet;**

Kapitel 7.3.3, in dem die Bewertungen der Natura 2000-Gebiete zusammengefasst sind, wurde korrigiert; die folgenden Absätze rahmen die Finanzierung von Projekten ein: „Um zu versichern dass keine negativen Auswirkungen auftreten, empfehlen die Bewerter nachdrücklich ein zusätzliches Ökokonditionalitätskriterium im Rahmen von Projektausschreibungen zu definieren: "Projekte ohne nennenswerte negative Auswirkungen auf Natura 2000-Gebiete". So könnte für jedes Projekt ein vereinfachtes ausgefülltes Formular zur Folgenabschätzung angefordert werden.

Die Bewerter weisen ebenfalls darauf hin, dass finanzierte Projekte einer Natura 2000-Folgenabschätzung unterzogen werden müssen, sobald ihre Umsetzung ganz oder teilweise innerhalb eines Natura 2000-Gebiets geplant ist, bzw. oberhalb des Gebiets. Es handelt sich insbesondere um Projekte:

- die auf der nationalen Liste aufgezeichnet sind, die durch Dekret 2010-365 vom 9. April 2010 festgelegt wurde,
- die auf den lokalen "1." -Listen aufgezeichnet sind und die von der zuständigen Verwaltungsbehörde erstellten nationalen Liste ergänzen,
- die auf den "2." -Listen aufgezeichnet sind, die von der zuständigen Verwaltungsbehörde aus einer nationalen Referenzliste übernommen wurden, und die durch das Dekret 2011-966 vom 16. August 2011 erstellt wurde.

Diese Projektspezifischen Bewertungen werden es ermöglichen, Auswirkungen genauer zu bewerten und Alternativen vorzuschlagen, um negative Auswirkungen, sowie zusätzliche Vermeidungs- Reduzierungs- und Kompensierungsmaßnahmen („ERC-Maßnahmen“) zu vermeiden, die in diesem Umweltbericht vorgeschlagen werden. Die Bewerter weisen darauf hin dass im Falle festgestellter negativer Auswirkungen, die Bestimmungen von Artikel 6 Absatz 3 der Europäischen Habitatrichtlinie gelten: „[...] Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Verträglichkeitsprüfung und vorbehaltlich des Absatzes 4 stimmen die zuständigen einzelstaatlichen Behörden dem Plan bzw. Projekt nur zu, wenn sie festgestellt haben, dass das Gebiet als solches nicht beeinträchtigt wird, und nachdem sie gegebenenfalls die Öffentlichkeit angehört haben.““

Die vorstehend aufgeführten Prinzipien werden bei der Festlegung der Auswahlkriterien und der Instrumente zur Überprüfung und Bearbeitung der umweltbezogenen Auswahlkriterien berücksichtigt.

- **Kriterien in das OP zu integrieren, um die positiven Auswirkungen auf die biologische Vielfalt zu optimieren, indem Ziele nach Projekt oder Projektfamilie festgelegt werden.**

Im Prinzip werden es die Auswahlkriterien mit einem Bezug zur nachhaltigen Entwicklung und zu Umweltthemen ermöglichen müssen, diejenigen Projekte zu erkennen, die negative Auswirkungen auf die Umwelt und vor allem auf die biologische Vielfalt hätten. Solche Projekte können keine Förderung durch das Programm erhalten.

Projekte, die eine neutrale Wirkung auf die biologische Vielfalt haben oder es ermöglichen, bereits vorhandene negative Auswirkungen auf die biologische Vielfalt zu verringern, müssen hingegen gefördert werden können. Solche Projekte sind notwendig, um bestimmte Ziele des Programms zu erreichen. Daher scheint es besser zu sein, keine Kriterien vorzusehen, mit denen die Gewährung einer Förderung von positiven Auswirkungen auf die biologische Vielfalt abhängig gemacht wird.

Wenn die Programmpartner dies wünschen, kann jedoch auf Kriterien zurückgegriffen werden, die es ermöglichen, vor allem im Rahmen bestimmter Projektaufrufe zu Projekten zu ermutigen, die positive Auswirkungen auf die biologische Vielfalt haben. Dies könnte die Möglichkeit eröffnen, in gewissem Maße Ziele nach Projekten bzw. nach Projektfamilien festzulegen.

5. In den Prioritäten für soziales Handeln (C), die intelligentere Region (D) und die Verbesserung des täglichen Lebens der Bewohner (E) empfiehlt die Umweltbehörde:

- **den OP-Entwurf um Bestimmungen zu ergänzen, die dazu beitragen, umweltfreundliche Projekte zu fördern, insbesondere im Bereich Klima, biologischer Vielfalt, Bekämpfung von Umweltverschmutzung (z. B. in Form eines Bonus oder einer Umweltkonditionalität, usw.);**

Vor der Genehmigung der ersten Projekte werden Auswahlkriterien festgelegt, die der nachhaltigen Entwicklung und der Umweltpolitik der Europäischen Union Rechnung tragen. Diese Kriterien gelten für alle Projekte (einschließlich jener für die Prioritäten C, D und E) und zielen darauf ab, mindestens sicherzustellen, dass die ausgewählten Projekte keine negativen Auswirkungen auf die Umwelt, das Klima, die biologische Vielfalt oder die Bekämpfung von Umweltverschmutzungen hat.

Über diese Kriterien der Umweltkonditionalität hinaus, mit denen die Förderung von Projekten mit negativen Auswirkungen auf die Umwelt, das Klima, die Biodiversität oder den Kampf gegen die Umweltverschmutzung ausgeschlossen werden soll, kann im Rahmen von Projektaufrufen zur Einreichung von Projekten mit einer besonders positiven Umweltwirkung ermutigt werden. Dessen ungeachtet erscheint die Einführung von Boni oder von zusätzlichen Umweltkonditionalitäten nicht zielführend: Einige Projekte, die notwendig sind, um die Ziele des Programms zu erreichen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein weiterzuentwickeln, haben keine Auswirkungen auf die Umwelt, das Klima, die biologische Vielfalt oder die Bekämpfung von Umweltverschmutzungen. Somit würde die Einführung von Bestimmungen, mit denen Anreize für Projekte geschaffen werden, die der Umwelt, dem Klima, der biologischen Vielfalt oder der Bekämpfung von Umweltverschmutzungen zugutekommen, die Gefahr bergen, dass die Entwicklung von Projekten beeinträchtigt wird, die von wesentlicher Bedeutung für die Stärkung der grenzüberschreitenden Integration sind. Anders formuliert: Es ist unerlässlich, Projekte fördern zu können, deren Auswirkungen auf die Umwelt neutral sind.

- **und dass die Umweltstudie die positiven Auswirkungen bewertet.**

Da nicht bekannt ist, welche Projekte zukünftig finanziert werden, kann diese Umweltstudie nicht weiter auf die Auswirkungen eingehen. Man kann jedoch davon ausgehen, dass solche Projekte keine negativen Auswirkungen auf die Umwelt haben sollten.

Ein zusätzliches Kapitel wurde verfasst (Kapitel 8.4), das auf die Bemerkungen der Umweltbehörde eingeht. In diesem Kapitel werden die Kriterien für die Auswahl von Projekten definiert, die eine bessere Berücksichtigung der Umwelt und der biologischen Vielfalt ermöglichen

6. In Bezug auf die menschliche Gesundheit empfiehlt die Umweltbehörde, das OP mit den folgenden Elementen zu ergänzen:

- **einen Zustandsbericht der Gesundheit der Bevölkerung, um die Auswahl der zu unterstützenden Maßnahmen am besten zu steuern und die Wirksamkeit des OP bei der Verbesserung der menschlichen Gesundheit zu bewerten;**

In Teil 1.2 des OP findet sich eine Übersicht über die sozioökonomischen Herausforderungen in der Oberrheinregion. Dieser Teil enthält auch eine knappe Bestandsaufnahme zur Gesundheitssituation.

- **einen Abschnitt über Gesundheit und Umwelt, der mit den zahlreichen Zielen des OP verknüpft ist und er zur Verbesserung von Umwelt und Gesundheit beitragen könnte;**

Zu den Wechselwirkungen Gesundheit-Umwelt gibt es kein spezifisches Ziel (die spezifischen Ziele werden in der entsprechenden Verordnung festgelegt). Allerdings kommt dieser Aspekt im OP bei den Maßnahmenarten der spezifischen Ziele A.1, A.3 und C.3 zum Tragen. Somit können im Rahmen des künftigen Programms durchaus Projekte gefördert werden, die darauf abzielen, Gesundheit und Umwelt zu schützen und die Wechselwirkungen zwischen diesen Bereichen zu behandeln.

- **Indikatoren, die es ermöglichen, das Problem der öffentlichen Gesundheit bei der Kofinanzierung von Projekten zu bewerten.**

Es ist nicht vorgesehen, derartige Indikatoren einzuführen, die nicht den von der Europäischen Kommission geforderten Programmindikatoren entsprechen. Eine diesbezügliche Bewertung wäre für die meisten vom Programm geförderten Projekte schwer durchzuführen. Im Übrigen haben einige vom Programm geförderten Projekte keine Wirkung auf Aspekte der öffentlichen Gesundheit.

Dessen ungeachtet erfasst das Programmmonitoring gezielt auch die Projekte aus dem Bereich der öffentlichen Gesundheit (Monitoring der geförderten Projekte auf der Ebene der spezifischen Ziele oder durch ein entsprechendes thematisches Earmarking über die Projektdatenbank) und erlaubt eine Bezifferung der Anzahl der geförderten Projekte in diesem Bereich.

7. Es wird ebenfalls empfohlen, den Zusammenhang zwischen den geplanten Maßnahmen und der Verbesserung der Gesundheit der Bewohner des Oberrheins nachzuweisen.

Diese Bemerkung wurde berücksichtigt. Der Umweltbericht wurde dementsprechend in Kapitel 6.4.6 geändert, um die Auswirkungen der geplanten Maßnahmen auf die Gesundheit zu verdeutlichen.

8. In Bezug auf Mobilität empfiehlt die Umweltbehörde:

- **die Verknüpfungsmöglichkeit mit anderen Projektarten zu ermitteln (Telearbeit, Coworking, Flussverkehr von Personen, Transport von Waren mit Fahrrädern usw.).**

Im spezifischen Ziel 7 sind bereits Maßnahmenarten mit einem Bezug zur sanften Mobilität und zu innovativen Mobilitätsformen (z. B. Fahrrad, Roller etc.) vorgesehen. Dasselbe gilt für die Personenmobilität in der Binnenschifffahrt (z. B. mit der Möglichkeit, den Personenverkehr in der Binnenschifffahrt durch ein Projekt zu unterstützen, bei dem es um die Rheinfähren geht).

Darüber hinaus werden es einige Maßnahmenarten des spezifischen Ziels D.2 in gewisser Weise ermöglichen können, die Telearbeit in den Unternehmen am Oberrhein bzw. Coworking Spaces zu fördern.

- **die Umweltstudie mit Daten zu Modaltransfers in den Rheinhäfen zu ergänzen.**
In Kapitel 4.4.15 der Umweltprüfung wurden dementsprechend Änderungen vorgenommen, und die Daten zum Flussverkehr aufgenommen.

9. Schließlich empfiehlt die Umweltbehörde im Hinblick auf die Steuerung (Governance), einen Überwachungsmechanismus einzurichten, um negative Auswirkungen frühzeitig zu erkennen, bevor Aktivitäten kofinanziert werden.

Zunächst, und wie schon oben erläutert, wurde dem Umweltbericht ein neues Kapitel hinzugefügt (Kapitel 8.4), in dem Kriterien für die Berücksichtigung einer nachhaltigen Entwicklung bei der Auswahl der zu finanzierenden Projekte, vorgeschlagen wird. Diese Kriterien ermöglichen es, negative Auswirkungen auf die Umwelt vor der Finanzierung von Aktionen, zu vermeiden. Es wurde auch ein zweites Kapitel (Kapitel 9.3) hinzugefügt, dass sich speziell mit dem Überwachungssystem befasst und besser erläutert, wie die Umwelt im Gesamtüberwachungs- und Bewertungssystem des OP INTERREG berücksichtigt werden kann.

Darüber hinaus empfiehlt der Umweltbericht in Kapitel 8.2 für alle Themenbereiche die Qualitätskontrolle, sowie Umweltverträglichkeitsprüfungen und Folgenabschätzungen zu berücksichtigen, die im Rahmen von Projekten durchgeführt werden, und vom INTERREG OP finanziert werden. Dies soll dazu dienen, dass vor Beginn neuer Arbeiten, negative Auswirkungen auf die Umwelt vermieden werden können.

Erwiderung auf die deutsche Stellungnahme

Rheinland-Pfalz

Die die Umweltbehörde von Rheinland-Pfalz gab am 17. Dezember ihre Stellungnahme ab. Deren Kommentare und die jeweiligen Antworten sind die folgenden:

1. die Umweltbehörde weist auf eine Reihe von Übersetzungsfehlern.

Die Übersetzung wurde für die deutsche Version auf Wunsch der Umweltbehörde neu überarbeitet.

2. die Umweltbehörde schlägt vor, Punkt 1 auf Seite 15 aus der Schlussfolgerung zu streichen, da dies darauf hindeuten könnte, dass, falls Projekte Gesetze und Richtlinien einhalten, für NATURA 2000-Zonen keine SUP erforderlich seien.

Punkt 1 wurde gestrichen und die Schlussfolgerung überarbeitet.

3. Die Umweltbehörde ist nicht mit den für Landschafts- / Bodennutzungsbereichen verwendeten Indikatoren einverstanden. Sie scheinen nicht relevant, da sie nicht die "Qualität" der Natur widerspiegeln.

Ein neuer Indikator wurde hinzugefügt: „Entwicklung von Flächen, die Landschaftsschutzmaßnahmen unterliegen (gelistete Standorte, klassifizierte Standorte, Schutzzonen in der Nähe historischer Denkmäler)“.

4. Die Umweltbehörde würde es vorziehen, dass Umweltauswirkungen eher quantitativ als qualitativ qualifiziert werden.

Derzeit ist es nicht möglich die Umweltauswirkungen des INTERREG-Programms genau zu quantifizieren, da diese stark von den jeweiligen finanzierten Projekten abhängen. Der Umweltbericht hierarchisiert jedoch bereits die Auswirkungen ein, dank der Studie die Ursachen-Wirkungsbeziehungen untersucht. Eingaben wurden auf zwei Ebenen untersucht: sowohl die strategische als auch die operative Ebene.

- Auf strategischer Ebene liegt eine Auswirkung vor, wenn mit Sicherheit und unabhängig von den Umsetzungsmethoden eine Verbindung zwischen der Maßnahme und deren Auswirkungen hergestellt werden kann (Zum Beispiel: Belastung durch Waldbewirtschaftung).
- Auf operativer Ebene werden die Auswirkungen gänzlich durch die Durchführung der Maßnahme definiert (Zum Beispiel: Zerstörung von Lebensräumen durch Arbeiten, die direkt vom Standort und den verwendeten Mitteln abhängen).

Oft befindet die tatsächliche Situation zwischen diesen beiden Extremsituationen. Der Umweltbericht hat daher eine Skala erstellt, um die jeweiligen Auswirkungen der Ursachen strategischer Herkunft und der Ursachen operativen Ursprungs zu vergleichen.

Die umfassende Studie der klassifizierten Auswirkungen ermöglicht es auch, gewisse Antworten zum Ausmaß der Auswirkungen zu liefern, auch wenn deren genaue Quantifizierung nicht möglich ist.

Baden-Württemberg

Die Umweltbehörde Baden-Württembergs gab ihre Rückmeldung in zwei Teilen ab, am 5. November bzw. 4. Dezember 2020. Die Kommentare und jeweiligen Antworten lauten wie folgt:

1. Auf Seiten 16 und 17, zu den ERC-Messungen (Vermeidungs- Reduzierungs- und Kompensierungsmessungen) in Bezug auf Auswirkungen auf Wasserressourcen, weist die Umweltbehörde auf potenziellen Auswirkungen hin, und zwar nicht nur auf die Wasserqualität, sondern auch auf die Menge. Es können Auswirkungen auf Infrastrukturen oder Hochwasserschutzanlagen erfolgen, die Gewässer überqueren oder entlang dieser verlaufen.

Dies wurde korrigiert. ERC-Maßnahmen berücksichtigen nun die Auswirkungen von Wasserdurchflussänderungen.

2. Auf Seite 18 bittet die Umweltbehörde, einen Indikator hinzuzufügen, der die biologische Überwachung von Fließgewässern ermöglicht.

Dies wurde berücksichtigt, und die Überwachungsindikatoren umfassen nun die biologische Überwachung der Fauna nach den Arbeiten in Flüssen.

3. Die Umweltbehörde empfiehlt, Formulierungen in Absatz 4.4.1 zu verbessern, so wie Quellen anzugeben.

Die Quellen des ERMES-Rhein Berichts sowie des Rhein-Sedimentmanagementplans wurden hinzugefügt.

4. Die Umweltbehörde bittet, dass auf Seite 60, Abschnitt 4.4.7 Fließgewässer hinzuzufügt werden.

Fließgewässer wurden hinzugefügt.

5. Im Kapitel 7 (Folgenabschätzung Natura 2000) bittet die Umweltbehörde, dass die Vereinbarkeit aller Projekte gemäß der Habitats- und Vogelschutzrichtlinien, sowie § 34 des deutschen BNatSchG, überprüft wird.

Die Kompatibilität der Projekte wird überprüft werden, siehe Kapitel 7.4.6 des Umweltberichts: „Andererseits weisen die Bewerter darauf hin, dass die finanzierten Projekte einer Natura 2000-Verträglichkeitsprüfung unterzogen werden, sobald ihre Umsetzung ganz oder teilweise innerhalb eines Natura 2000-Gebiets, bzw. oberhalb erfolgt. Es handelt sich insbesondere um folgende Projekte:

- die auf der nationalen Liste aufgezeichnet sind, die durch Dekret 2010-365 vom 9. April 2010 festgelegt wurde,
- die auf den lokalen "1." -Listen aufgezeichnet sind und die von der zuständigen Verwaltungsbehörde erstellten nationalen Liste ergänzen,
- die auf den "2." -Listen aufgezeichnet sind, die von der zuständigen Verwaltungsbehörde aus einer nationalen Referenzliste übernommen wurden, und die durch das Dekret 2011-966 vom 16. August 2011 erstellt wurde.

6. In Tabelle 61 der ERC-Maßnahmen möchte die Umweltbehörde, dass der folgende Satz hinzugefügt wird: "Bei Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen, möglichst landwirtschaftliche Flächen (ggf. mit erforderlichen Naturschutzmaßnahmen produktionsintegriert) wiederherstellen".

Dieser Satz wurde hinzugefügt.

7. Die Baden-Württembergische Umweltbehörde, so wie die Rheinland-Pfälzische Behörde weisen auf eine Reihe von Übersetzungsfehlern.

Die Übersetzung wurde für die deutsche Fassung auf Wunsch beider Umweltbehörden überarbeitet.